



KOMMENTAR

Was für ein Jahr

2011, das 21. Jahr in der Geschichte unserer Landespolizei, ist erst wenige Tage alt. Aber schon heute ist sicher: Es wird ein arbeitsreiches und zugleich interessantes Jahr. Statistisch gesehen wird es das Jahr der fünften Polizeistrukturreform. Mecklenburg-Vorpommern peilt damit Meisterswürden an – durchschnittlich alle vier Jahre eine Reform. Es bleibt wohl auch in Zukunft bei der speziell mecklenburg-vorpommerschen Gesetzmäßigkeit: Minister kommen und gehen – und mit ihnen die Reformen.

Fast mutet es an, als würde sich jeder seinen persönlichen Gedenkstein setzen.

Man könnte darüber lachen, wenn nicht hinter jeder Reform die Schicksale vieler Kolleginnen und Kollegen stünden.

Um es kurz zu machen, das hier soll kein Plädoyer gegen Veränderung werden, höchstens gegen unsinnige. Jede Organisation muss sich von Zeit zu Zeit hinterfragen und der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen. Was aber nicht notwendig ist, das sind Veränderungen um jeden Preis. Nicht notwendig sind Veränderungen, weil es gerade schick ist, sich zu verändern.

Bewährte Strukturen werden über den Haufen geworfen, wo es ausgereicht hätte, sie anzupassen.

Und das Ergebnis?? Sicherlich, unsere „Matheasse“ im Innenministerium scharren schon mit den Hufen, um nach dem 1. März auch den letzten Skeptiker rechnerisch davon zu überzeugen, dass wir „mehr“ geworden sind. Wir haben uns also trotz Personalabbaus vermehrt. Das kenne ich noch aus unserer jüngsten Vergangenheit. Damals hieß das: „Überholen ohne einzuholen“. Das haben wir letztendlich nicht geschafft, aber vielleicht treten wir ja jetzt den Beweis an, dass „Weniger mehr ist“.

2011 = Wahljahr

2011 ist aber auch Wahljahr. Ein Resümee der Legislaturperiode werden wir sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt ziehen, aber Eines lässt sich heute schon mit großer Sicherheit feststellen: Die Landesregierung hat sich in den letzten 4 1/4 Jahren nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert.

Dass der Polizeiberuf bundesweit sämtliche Akzeptanzumfragen dominiert, ist im Regierungshandeln kaum zu spüren. Herausragende Leistungen, wie der Polizeieinsatz zur Durchführung des G8-Gip-

fels, wurden auf äußerst eigenwillige Art und Weise belohnt. Punktgenau wurde die Verlängerung der Lebensarbeitszeit vor dem Tor platziert und versenkt. Der Schuss ging einher mit einer Lehrstunde in Demokratie. Oberstach Unter bzw. Kabinett stach Landtag.

Derartige Gunstbeweise werden uns aber keineswegs davon abhalten, weiter für mehr Akzeptanz zu kämpfen. Wir haben in den letzten Jahren ganz massiv die Klinken geputzt und werden es auch in diesem Jahr tun. Das muss auch sein, denn schließlich haben wir noch genügend Baustellen.

Das Thema Belastung der Polizei mit all seinen Facetten wird auch in diesem Jahr der Dauerbrenner. Wir müssen beispielsweise nicht einfach nur dem Krankenstand in der Landespolizei Herr werden, denn so einfach, wie es sich unser Innenministerium vorstellt, ist es eben nicht. Das Problem Belastung der Landespolizei fängt bei unserer demographischen Struktur an und hört bei Personalabbau mit gleichzeitiger Aufgabemehrung auf.

Wir werden beispielsweise niemals Entlastung erfahren, wenn wir nicht endlich die Anzahl der Neueinstellungen deutlich steigern. Und auch unsere Forderungen nach Altersteilzeit und Arbeitszeitverkürzungen für Beschäftigte, wie im vergangenen Jahr mit dem Finanzministerium „anverhandelt“, sind längst keine sozialen Maßnahmen, sondern wichtige demographische Stellschrauben.

Polizei kann in vielen Feldern gerne die sie umgebende alternde Gesellschaft widerspiegeln, aber niemals in ihrer demographischen Binnenstruktur. Senioren in Mecklenburg-Vorpommern betreiben keine Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Senioren müssen keinen unmittelbaren Zwang ausüben. Gleichmacherei findet dort ihre Grenzen, wo Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Zur Akzeptanz für den Polizeiberuf ge-



Michael Silkeit (Foto: C. Kettler)

hört aber auch, dass Politik die Grundlagen des Berufsbeamtentums begreift, dass Politik begreift, dass Polizisten jahrzehntelang schufteten müssen, um eventuell irgendwann, meistens eher niemals, das Äquivalent für ihre Arbeit zu erhalten. Solange hunderte Kolleginnen und Kollegen um eine Handvoll Beförderungen konkurrieren, haben sie es jedenfalls nicht begriffen.

2011 werden wieder einmal Tarife verhandelt. Im Dezember haben wir unsere Forderungen formuliert. Jetzt müssen wir sie verhandeln. Mein Appell gilt mit Blick auf die diesjährigen Tarifverhandlungen an dieser Stelle allen Beamtinnen und Beamten: Nichts aus den Augen verlieren! Alles was jetzt verpatzt wird, fällt uns in wenigen Monaten bei der Besoldungsanpassung auf die Füße. Wer sich jetzt bequem zurücklehnt und die Tarifbeschäftigten das Eisen aus dem Feuer holen lässt, der braucht im Herbst nicht ankommen und jammern, er hätte zu wenig Geld. Wer Solidarität erwartet, der muss auch solidarisch sein!

Es wird noch eine Vielzahl anderer Baustellen in diesem Jahr geben, wie Unfallfürsorge, Gesundheitsmanagement, Schutzwesten. Ich hoffe sehr, dass wir so viele wie möglich erfolgreich schließen können.

Ich wünsche uns für das neue Jahr vor allem Gesundheit und die notwendige Energie, die vor uns stehenden Aufgaben zu meistern.

Michael Silkeit



ACHTUNG Absolventen

Alle ehemaligen Offizierschüler der 1. OSK Abgang 1983 der OHS „Artur Becker“ Bereitschaften sind aufgerufen, sich zu melden. Wir wollen uns Ende Oktober 2011 in Dresden treffen. Ein Besuch an der ehemaligen Hochschule (jetzt Behördenzentrum Neuländer Straße) und eine Elbdampferfahrt sind geplant. Für Übernachtungen ist jeder selbst zuständig. Ansprechpartner sind Wolfhardt Kothe und Erik Berger. Bei Interesse Meldung bitte: an wolfhardt.kothe@polmv.de oder an Erik.Berger@smi.sachsen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Februar 2011 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 6. 1. 2011. Die Redaktion behält sich das Recht der auszusweisen Wiedergabe von Leserschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangte eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (03 85) 20 84 18-10
Telefax: (03 85) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

Blaulichtfete wieder voller Erfolg

Am Mittwoch, den 10. 11. 2010 war es dann endlich soweit, unsere Blaulichtfete ging in die nächste Runde. Um 20 Uhr öffneten sich die Türen des altbewährten LT-Clubs in Rostock.

Erneut folgten hunderte partyfreudige Gäste der Einladung der JUNGEN GRUPPE MV und des LT-Clubs. Viele Kollegen nutzten wie immer die Möglichkeit des Shuttlebusses, um nach Rostock anzureisen. Gegen 21 Uhr füllte sich dann der Club zunehmend, so dass es zeitweilig schon mal ziemlich eng auf der Tanzfläche wurde. Zu aktueller Musik wurde ausgelassen getanzt, abseits der Tanzfläche wurden aber auch tiefergehende Gespräche geführt und neue Bekanntschaften geschlossen. Gegen 02:00 Uhr hieß es dann für die Busreisenden

Abschied nehmen, für alle anderen ging die Party noch bis in die frühen Morgenstunden munter weiter.

Dank Euch wurde somit auch die 5. Blaulichtfete zum vollen Erfolg und wir freuen uns schon jetzt auf die noch kommenden Feiern.

Bedanken wollen wir uns an dieser Stelle auch recht herzlich für die finanzielle Unterstützung des Landesvorstandes der GdP MV und beim LT-Club Rostock, der wieder eine tolle Party veranstaltet hat.

Eure JUNGE GRUPPE

KG BEREITSCHAFTSPOLIZEI/LPBK M-V

Erweiterte Kreisgruppensitzung zum Jahresende in der BP M-V

Am 1. 12. 2010 traf sich der Vorsitzende der KG BP mit seinen Vorstandsmitgliedern und den Vertrauensleuten zur erweiterten Sitzung im Technologie- und Gewerbezentrum.

Nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr und eine Vorschau auf kommende Aufgaben ergriff unser Gast Michael Silkeit das Wort. Er berichtete von seiner Arbeit und die des Vorstandes und wies auf anstehende Ereignisse hin. Nach dem Rechenschaftsbericht des Finanzverwalters und den Ausführungen der VL-Koordinatorin, Annett Bellach, zur Vertrauensleutenarbeit, saßen wir noch gemütlich beisammen und haben uns mit

Lebkuchen und Getränken ein wenig auf die bevorstehende Weihnachtszeit eingestellt.

Vielen Dank und Anerkennung an Jörn für seine Arbeit und sein Engagement.

KG-Vorstand



KG NW-MECKLENBURG

Reizende Polizei

Am Freitag nach dem Dienst trafen sich wieder die Skatfreunde auf Einladung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Revier zu einem nun schon traditionellen Turnier.

Während die Kollegin Ute Dornfeld mit Ehemann und Tochter für das leibliche Wohl sorgten, wurde an den Tischen schon gemischt, gereizt und gestochen.



Am Ende erreichte die einzige Skatfrau, Janin Weidemann, in diesem Jahr die viertbeste Punktzahl. Alexander Pust wurde mit 1800 Punkten dritter. Nur 30 Punkte mehr reichten Gerhard Glaner zum 2. Platz. Sieger wurde mit überragenden 2250 Punkten ein Streifenführer des Polizeirevieres Gadebusch. So konnte sich Rene Beier den größten Braten als Preis aussuchen.

Auch wenn in diesem Jahr nicht so viele Skatbrüder wie sonst gekommen waren, hat es doch allen wieder großen Spaß gemacht und wir treffen uns wieder in der Vorweihnachtszeit 2011.

Uwe Burmeister



KG LANDESKRIMINALAMT M-V

Weihnachtsfeier der KG LKA M-V

Traditionsgemäß fand die diesjährige Weihnachtsfeier der KG des LKA M-V am 24. November in „Thommy's Kegelpub“ in der Schlossgartenallee statt.

Offensichtlich hatte es sich herumgesprochen, dass bei gutem Essen und sportlicher Betätigung auch das dienstliche Geschehen einmal beiseite gelegt werden kann. Trotz der derzeit angespannten Arbeitsatmosphäre mit KNK-Transport und Terrorwarnungen kam eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen. Besonders gefreut hat es alle, dass unsere Rentner und Pensionäre der Einladung gefolgt waren.

Durch Kollegen Hentzsch wurde eine kurze Bilanz des zurückliegenden Jahres gezogen und auf die kommenden Tarifverhandlungen hingewiesen. Das anschlie-



ßende Kegeln war mit viel Spaß und Humor verbunden. Für ihren sportlichen Einsatz wurden die Kolleginnen und Kollegen mit schönen Sachpreisen belohnt.

LANDESFRAUVORSTAND

„Frau im Spiegel“

Unter diesem Motto steht unsere 5. Landesfrauenkonferenz am 2. März 2011, bei der der neue Geschäftsführende Landesfrauenvorstand für die nächsten vier Jahre gewählt wird. An dieser Stelle möchten wir unser Logo passend zum Motto vorstellen.

„Frau im Spiegel“ ist auch das Thema des Vortrages, der unserer Landesfrauenkonferenz eine besondere Note geben soll.

Neben dem Geschäftsbericht und der Entlastung des alten Vorstandes soll auch die Frage aufgeworfen werden, ob eine Frauengruppe überhaupt zeitgemäß ist. Viele Gewerkschaftsfrauen sind mit der Betreuung in ihrer Kreisgruppe zufrieden, haben keine grundsätzlichen Probleme und meinen, in allen Lebenslagen eine gleiche Behandlung wie die Männer zu erfahren. Doch wie sieht es aus, wenn man – bzw. frau – über den Tellerrand schaut?

Mit dieser provozierenden Frage sollen keinesfalls die Aktivitäten von Frauen in ihren Kreisgruppen geschmälert werden.

Ganz im Gegenteil! Wir bitten die Kreisgruppen, uns besonders aktive Frauen zu benennen. Sie sollen auf der Landesfrauenkonferenz ge-

ehrt werden, um einerseits zu zeigen, wie gute Frauenarbeit vor Ort aussehen kann und andererseits zu verdeutlichen, dass der Tellerrand nicht das Ende der Welt bzw. das Ende der Kreisgruppe ist.

Jana Gutzmann



Seniorenweihnachtsfeier in der Bereitschaftspolizei M-V

Für den 30. November 2010 hatte die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei in der BP M-B/LPBK unsere Seniorinnen und Senioren mit ihren Partnern zu einer gemeinsamen Weihnachtsfeier in die Kantine unserer Dienststelle Hagenower Str. eingeladen.

Auch wir als relativ junge Behörde verzeichnen einen deutlichen Anstieg an Mitgliedern in unserer Seniorengruppe. Diese Tatsache stellt unsere Kreisgruppe natürlich auch vor neue Herausforderungen. Trafen sich bei den Veranstaltungen unserer Seniorengruppe bis vor einigen Jahren höchstens 10-12 ehemalige Kollegen, ist die Stärke unserer Seniorengruppe mittlerweile auf 26 angewachsen. Sehr

erfreulich war auch die Resonanz auf unsere Einladung zur Weihnachtsfeier, denn insgesamt 29 Teilnehmer (Senioren und Partner) konnten wir begrüßen. Die Organisation lag wieder in den bewährten Händen unserer lieben ehemaligen Kollegin Martha Bandlow, die u. a. auch dafür sorgte, dass wieder reichlich selbst gebackener Kuchen für alle bereit stand. Schön wäre es für die Zukunft, wenn sie

aus dem Seniorenteam noch personelle Unterstützung erhalten würde. Das die diesjährige Weihnachtsfeier wieder den Nerv aller Beteiligten getroffen hat, zeigt auch die Tatsache, dass „unsere letzten Gäste“ erst nach über fünf Stunden den Weg zurück nach Hause starteten. Auch 2011 wird unsere Kreisgruppe für unsere Seniorengruppe wieder zwei Veranstaltungen organisieren. **Jörn Liebig**

KG NEUBRANDENBURG

Tradition konnte fortgesetzt werden

Am Sonntag den 5. Dezember 2010 fand unmittelbar am Tollenseesee bei Neubrandenburg die Weihnachtsfeier der Seniorengruppe PD Neubrandenburg statt.



Trotz widriger Straßenverhältnisse, Eisglätte und Schneetreiben sind über 30 Senioren und Seniorinnen mit ihren Ehepartnern der Einladung durch die Kreisgruppe gefolgt.

Zuerst wurde ein kleiner aber feiner Weihnachtsmarkt mit kultureller Umrahmung in Bornmühle, ebenfalls am Tollenseesee gelegen, gemeinsam besucht. Danach ging es zur gemeinsamen Weihnachtsfeier nach Klein Nemerow, in

die Seegaststätte „Heidehof“. Hier wurden, bei weihnachtlichem Kaffee und Kuchen, angeregte Gespräche geführt und Erinnerungen ausgetauscht, gemeinsam mit Gästen und Vertretern der Polizeiversicherung.

Wie immer war es eine gute vorbereitete Veranstaltung und einmütig wurde der Wunsch geäußert, solche Traditionen auch künftig fortzusetzen.

KG GREIFSWALD

Tanzabend

Am 20. November 2010 war es endlich wieder soweit! Der bei unseren Mitgliedern sehr beliebte Tanzabend fand zum ersten Mal in Gahlkow im Restaurant „Boddenblick“ statt.

Erfreulicher Weise nahmen viele Mitglieder zusammen mit ihren Partnern teil.

Wir nahmen diese Veranstaltung, die gleichzeitig unsere Weihnachtsfeier war, zum Anlass, unseren im Oktober neu gewählten Vorstand noch einmal vorzustellen.

Anschließend haben wir bei gutem griechischen Essen und ausreichend Getränken gemütlich beisammen gesessen und natürlich auch viel getanzt. Bis auf einige „normale“ Besucher, gehörte uns die Gaststätte allein. Dadurch konnte der DJ auch auf viele Musikwünsche eingehen. Und so hatten wir alle unseren Spaß bei richtig guter Stimmung, so dass wir auf einen gelungenen Abend zurückblicken können.

Ganz besonders hat uns gefreut, dass unsere Senioren mit ihren Lebenspartnern so zahlreich teilgenommen haben.

In diesem Sinne hoffen wir, dass alle Mitglieder der Kreisgruppe Greifswald ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest hatten und freuen uns schon jetzt auf den nächsten Tanzabend mit Euch!

Anja Stolzenburg



LANDESMEDIEN

Schlagzeilen

+++ Angesichts der Terrorwarnungen hat der Fraktionschef der Linken im Landtag, **Helmut Holter**, eine personelle Aufstockung der Landespolizei gefordert. „Die Frage ist, ob die vorhandenen Kräfte, die auf Straßen und Plätzen und den Revieren zum Einsatz kommen, tatsächlich diese Dauerbelastung aushalten“, sagte Holter in einem dpa-Gespräch. Die Polizei müsse für innere Sicherheit sorgen, Großveranstaltungen und Transporte mit gefährlichen Gütern absichern. „Um all diese Aufgaben erfüllen zu können, muss ganz systematisch wieder Personal eingestellt werden.“ Er nehme die Hinweise zur Terrorgefahr sehr ernst, versicherte Holter. +++

Die GdP in Mecklenburg-Vorpommern sieht vor dem Hintergrund der aktuellen Terrorwarnung die Belastungsgrenze für die Sicherheitskräfte ebenso überschritten. „Wir sind jetzt natürlich mehr auf Streife an den Bahnhöfen und vor allem den Seehäfen unterwegs, da werden permanent Überstunden angespart“, sagte Landesvorsitzender **Michael Silkeit** am 18. 11. 2010 auf dapd-Anfrage. +++ In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit mehr **Waffen** in privater Hand als je zuvor: 79 936 erlaubnispflichtige Schusswaffen befanden sich am Stichtag 30. September legal im Besitz von Bürgern des Landes, 1240 mehr als vor Jahresfrist.

LANDESVORSTAND

24. Ordentlicher Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei

Der 24. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei ist beendet. Wieder einmal war es für die Delegierten der Landesbezirke an der Zeit, die Eckpfeiler der nächsten vier Jahre polizeilicher Gewerkschaftsarbeit zu stecken.

Drei Tage lang haben die 254 Delegierten des 24. GdP-Bundeskongresses einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt, zahlreiche Anträge beraten, sie als Beschlüsse verabschiedet oder abgelehnt.



Die Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern (siehe Foto) haben die Zukunft der GdP mitgestaltet.

Der Bundeskongress legt u. a. die gewerkschaftspolitische Richtung für die nächsten vier Jahre fest. Grußworte an die Gewerkschafter sprachen Bundespräsident Christian Wulff, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Bundesinnenminister Herr Dr. Thomas de Maizière hielt in seinem Grußwort an die Delegierten u. a. eine Fürsprache für den alltäglichen Dienst unserer Polizeibeschäftigten. „Das Brot und Buttergeschäft“ ist genauso wichtig in der Anerkennung wie ein erfolgreich geführter Polizeieinsatz. Der Bundesinnenminister hat sich scharf gegen Bundestagsabgeordnete gerichtet, die im Rahmen des letzten Polizeieinsatzes in Gorleben offen zu Straftaten aufgefordert haben.

Landesredaktion

LANDESVORSTAND

GdP fordert Mannausstattung bei Schutzwesten

Angesicht der aktuellen Bedrohungslage forderte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Michael Silkeit, in einem Schreiben an Innenminister Lorenz Caffier eine kurzfristige Änderung bei der Beschaffung von Schutzwesten und eine Abkehr von der Pool- zur Mannausstattung.

Silkeit wörtlich: „Die derzeitige Poolausstattung entspricht zahlenmäßig weitestgehend auch der Anzahl, der operativ eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Leider ist es aber nicht möglich, die ca. 2000 Unterziehwesten so nach Größen und Dienststellen zu verteilen, dass jeder Kollege seine Schutzweste erhält. Ein Wechsel im 12-Stunden Rhythmus verbietet sich schon aus hygienischen Gründen. Zurecht wird von unseren Kolleginnen und Kollegen auch darauf verwiesen, dass

die Ausstattung mit Schutzwesten angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung, der Terrorgefahr und der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten in den Mittelpunkt der Fürsorge des Dienstherrn gehört.“ Zeitgleich unterbreitete die GdP dem Minister einen Vorschlag, wie das Problem kurz- und mittelfristig zu lösen wäre und bot dabei ihre Unterstützung an.

Das Schreiben des Vorsitzenden findet ihr im Mitgliederbereich (www.gdp.de/MV).



Polizisten geraten unter Generalverdacht

MAX MUSTERMANN
1.BPH
Mecklenburg-Vorpommern
Tel.: 0385-123456789

Mit dem Beschluss, ihre Landespolizei einer Zwangskennzeichnung zu unterziehen, stellt die rot-rote Landesregierung in Berlin die gesamte deutsche Polizei unter Generalverdacht.

„Das Argument, man wolle damit schwarze Schafe bei Polizeieinsätzen herausfiltern ist nicht nur Unsinn und rechtlich grenzwertig zu beurteilen, sondern es unterstellt auch schon vorsorglich, dass Polizisten falsch handeln werden. Statt sich angesichts der dramatischen Zunahme von Gewalttaten gegen Polizisten hinter die Polizei zu stellen, treten die Koalitionäre sogar vorsorglich noch einmal nach“, so der Landesvorsitzende der

Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern, Michael Silkeit.

Als besonders schlimm wertet die GdP, dass auch die Familien der Polizisten gefährdet werden, indem die Berliner Politiker sich weigern, die persönlichen Daten im Melderegister zum Schutz der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien zu sperren sowie eine regelmäßige Rotation der Nummernkennzeichnung vorzunehmen.

Silkeit erteilt allen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern, die mit der Berliner Lösung liebäugeln, eine klare Absage, „wir werden uns in Mecklenburg-Vorpommern zu wehren wissen.“

Auch in Berlin sind die Messen noch nicht gesungen, die GdP Berlins wird sämtliche rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

IM FOCUS

Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Bündnisgrüne

Die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte muss auch in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt werden. Das fordern die Bündnisgrünen des Landes aus Anlass der Entscheidung in Berlin, dass dortige Polizeibeamte künftig ihren Namen oder eine Nummer bei Einsätzen auf ihrer Kleidung tragen müssen. „Eine solche Kennzeichnung führt zu mehr Transparenz der Polizeiarbeit. Gleichzeitig gilt sie ausdrücklich nicht als Misstrauensvotum“, sagt Christian Prasser, Landesvorstandsmitglied der Bündnisgrünen, im Vorfeld der Castor-Transporte nach Lubmin. Er sehe die in Berlin gefundene Lösung, dass die Beamten künftig selbst entscheiden, ob sie eine Nummer oder ein Namensschild tragen wollen, als geeigneten Kompromiss.

FDP

Gino Leonhard, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion M-V, erklärt zum Vorstoß der Grünen für Namensschilder für Polizisten: „Die FDP-Landtagsfraktion von Mecklenburg-Vorpommern lehnt Namensschilder für Polizisten aus Gründen ihrer Sicherheit außerhalb ihres Dienstes sowie der Sicherheit ihrer Familien ab. Wir

sprechen uns aber für mehr Transparenz bei der Polizeiarbeit aus. Nummern auf den Uniformen könnten nach Einsätzen helfen, mögliche Verfehlungen innerhalb der Polizeieinheiten aufzuklären.“

DIE LINKE

Nach Auffassung des innenpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Peter Ritter, sollte die aktuelle Beratung des Gesetzentwurfes der Koalition zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) genutzt werden, endlich die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und -beamte in Mecklenburg-Vorpommern einzuführen. „Meine Fraktion setzt sich seit langem für eine solche Kennzeichnungspflicht ein, denn dies entspräche einer modernen, transparenten und bürgernahen Landespolizei“, erklärte Ritter in Schwerin. Die Bedenken, eine Kennzeichnungspflicht könnte zu Repressalien gegen die betreffenden Polizisten oder deren Familien führen, könnten zerstreut werden. „Die individuelle Kenntlichmachung kann über eine Nummer erfolgen“, so Ritter. Ritter fordert SPD und CDU auf, sich ein Beispiel an der Berliner Lösung zu nehmen, wo im kommenden Jahr eine Kennzeichnungspflicht eingeführt werden soll. „Auch die CDU-Fraktion in Brandenburg hat im Sommer dieses Jahres einen ähnlichen Gesetzent-

wurf eingebracht“, sagte Ritter. Er kündigte einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion zum Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen an.

SPD

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Gottfried Timm, erklärte zum Thema „Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte“: „Wer die Landespolizei kennt, der weiß, dass der einzelne Polizeibeamte heute oft mit Namensschild anzutreffen ist. Dieses dient einem guten Miteinander von Bürger und Polizei. In geschlossenen Einsätzen, die oft länderübergreifend stattfinden, muss es eine bundeseinheitliche Regelung geben. Diese sieht aus guten Gründen keine Namensschilder vor. Der Polizeibeamte vertritt den Staat in seiner Person, im extremen Fall unter Einsatz seines Lebens. Ein Sonderweg Mecklenburg-Vorpommerns kann dazu führen, dass wir von Polizeien anderer Länder in Großlagen nicht mehr unterstützt werden.“

CDU

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Torsten Renz, lehnt eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten in geschlos-



IM FOCUS

senen Einsätzen ab. „Die Äußerungen von LINKEN und GRÜNEN zur Debatte um die Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten zeugen von fehlender Sachkenntnis über die Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Es ist bereits gängige Praxis, dass Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern im Streifen-einzeldienst und im jährlichen Bäderdienst in den Tourismushochburgen Namensschilder tragen. Diese Praxis ist Teil eines bürgernahen Auftretens der Landespolizei. Lediglich in geschlossenen Einsätzen ist das Tragen von Namensschildern nicht vorgesehen. Daran werden wir weiter festhalten“, unterstrich Torsten Renz.

Der CDU-Landtagsabgeordnete verwies darauf, dass die Beamten der Einsatzeinheiten der Landespolizei bereits durch taktische Zeichen am Helm gekennzeichnet seien. Eine Zuordnung der Einsatzkräfte in geschlossenen Einheiten ist zudem bis zum Einsatzzug beziehungsweise für Kräfte der Bereitschaftspolizei bis zur Hundertschaft möglich. Außerdem kann aufgrund des Kennzeichens und der Dachbedruckung der

Fahrzeuge auch ein Rückschluss auf die Beamten gezogen werden, denen ein Fahrzeug während des Einsatzes zugeeignet wurde.

„Für uns steht fest, dass es eine Individualisierung der Polizeivollzugsbeamten durch Namensschilder in geschlossenen Einsätzen auch weiter nicht geben soll. Die Begründungen, die von den Befürwortern solcher Kennzeichnungen vorgebracht werden, zeugen zudem von einem tiefen an Diffamierung grenzenden Misstrauen in die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten, die in geschlossenen Einsätzen teilweise unter Einsatz ihres Lebens unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen. Die CDU steht hinter der Landespolizei. Wir sehen, dass die Polizei nach Recht und Gesetz handelt und den ihr zugewiesenen Auftrag ordnungsgemäß erfüllt“, so Torsten Renz.

Der Innenminister

Innenminister Lorenz Caffier äußerte sich heute gegenüber den Medien zur

Forderung des innenpolitischen Sprechers der Linksfraktion Peter Ritter, die Kennzeichnungspflicht für Polizisten in MV einzuführen, wie folgt:

„Nach den Festlegungen für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern können die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Streifen-einzeldienst Namensschilder tragen. So ist dies z.B. im jährlichen Bäderdienst ausdrücklich gewünscht. Lediglich in geschlossenen Einsätzen, zu denen Sonderbekleidung getragen wird, ist das Tragen von Namensschildern nicht vorgesehen. Daran werden wir auch festhalten und befinden uns damit im Einklang mit der Mehrheit der Polizeien des Bundes und der Länder. Hier geht die Fürsorgepflicht des Dienstherrn zum Schutz vor ungerechtfertigten Beschuldigung einzelner Mitarbeiter vor. Falls es bei einzelnen Vorwürfen erforderlich sein sollte, kann ein Rückschluss auf den einzelnen Polizeibeamten oder die Einheit durch Helmkennezeichen bzw. taktischen Zeichen erfolgen. Deshalb lehne ich die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für unsere Polizisten ab.

LANDESVORSTAND

Unfallfürsorge endlich auf solide Füße stellen!

Anlässlich eines Gespräches zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Finanzministerin, Heike Polzin, forderte am 10. November 2010 der GdP-Landesvorsitzende eine Abkehr von der bisherigen Praxis der Unfallfürsorge.

Silkeit wörtlich: „Es ist nach wie vor keiner Kollegin und keinem Kollegen vermittelbar, dass Polizeivollzugsbeamte, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt werden, auf den Kosten der Heilbehandlung sitzenbleiben.

Bedauerlich ist nach Ansicht der GdP, dass ein Vorschlag des polizeiärztlichen Dienstes zur Einführung eines Abrechnungsmodells, das sich an den Betriebsunfallkassen orientiert, seit März in irgendwelchen Schubladen des Innenministeriums schmort, statt mit dem Finanzministerium verhandelt zu werden. Finanzministerin Polzin sicherte zu, auch in ihrem Ressort entsprechende Prüfungen vorzunehmen.

Weitere Gesprächsschwerpunkte waren die Vorstellungen der Gewerkschaft der Polizei zur Verlängerung der Alters-

teilzeit im Polizeivollzugsdienst und arbeitszeitverkürzende Modelle im Tarifbereich, ähnlich dem Tarifvertrag zur sozialen Absicherung.

Silkeit weiter: „Es geht schon seit geraumer Zeit nicht mehr nur darum, für beide Beschäftigtengruppen sozial abgestimmte Modelle zu verhandeln. Es geht inzwischen auch darum, der demographischen Entwicklung in der Landespolizei entgegenzutreten. Beide Modelle bieten die Möglichkeit, zusätzliche junge Menschen für die Landespolizei zu rekrutieren. Das brauchen wir jetzt mehr denn je.“

Finanzministerin Polzin hob hervor, dass es bei allen Vorschlägen der GdP nicht zu zusätzlichen Belastungen des Landeshaushaltes kommen dürfe. Zugleich versprach sie, entsprechende Berechnungen vornehmen zu lassen.

KG BP/LPBK M-V

Herzlichen Glückwünsch



Herzliche Glückwünsche gingen an Marion Jarchow im LPBK M-V.

Sie feierte am 1. Dezember 2010 einen runden Geburtstag mit ihren Kolleginnen und Kollegen.

Marion, bleib so wie du bist und lass dich vom TLBS nicht unterkriegen!!!

KG-Vorstand



GdP berichtet im Innenausschuss über den Krankenstand in der Landespolizei

„Der Anstieg der Krankentage und die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters in der Landespolizei bilden eine untrennbare Einheit ...“, so Michael Silkeit, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, am Rande der nichtöffentlichen Anhörung am 3. Dezember 2010 vor dem Schweriner Innenausschuss.

Die Anhörung im Innenausschuss war auf Antrag der FDP und der Linkspartei zustande gekommen, die bereits vor einigen Wochen medial vor einer besorgniserregenden Entwicklung in der Landespolizei warnten.

So hat sich beispielsweise der Altersdurchschnitt in den letzten zehn Jahren von 40 auf 44 Jahre verschlechtert, Dienststellen mit einem Durchschnitt nahe der 50 sind bereits keine Seltenheit. Damit einher ging ein Anstieg der Krankentage von ca. 130 000 auf gegenwärtig ca. 170 000 Tage. In Arbeitszeit umgerechnet fehlen damit jährlich durchschnittlich 500 Kolleginnen und Kollegen. Zusätzlich wurden im selben Zeitraum allein 600 Stellen für Vollzeitsbeamte abgebaut.

Silkeit weiter: „Die Zunahme des Krankenstandes in der Landespolizei im Kontext mit einer Verdopplung der psychi-

schen Erkrankungen seit dem Jahr 2000 ist aber auch ein Indiz für die permanent zunehmende Belastung der Landespolizei. Personalabbau führt zu Arbeitsverdichtungen und diese machen krank. Auch fehlende berufliche Anerkennung, negative Erfahrungen mit „polizeilicher Fürsorge“, Mobbing und viele andere Faktoren, die den Arbeitsalltag bestimmen können, machen krank. Für die GdP ist es wichtig, dass das Thema Belastung der Landespolizei nicht immer wieder einfach nur diskutiert wird, sondern das Parlament, Regierung, Gewerkschaften und Personalräte gemeinsam nach Lösungen suchen.“

Nach Ansicht der GdP sind alle Versuche kontraproduktiv, den Zustand der Landespolizei mit der Veränderung der sie umgebenden Gesellschaft zu erklären. „Die uns umgebende alternde Gesellschaft muss keine Straftäter zur Strecke

bringen oder unmittelbaren Zwang ausüben“, so Silkeit weiter.

Für die GdP ist eine Vergrößerung des Einstellungskorridors genauso unerlässlich wie die Wiedereinführung von Altersteilzeitmodellen. Der ungesunde Altersdurchschnitt muss korrigiert werden, ansonsten gehen alle Versuche fehl, die Arbeitsbedingungen zu verändern.

Wesentlicher Bestandteil der Reaktionen der Landesregierung muss ein ausgeglichenes Gesundheitsmanagement sein. Dabei sind aber viele Faktoren unseres Arbeitsumfeldes zu berücksichtigen. Ein derzeit vorliegender Entwurf des Innenministeriums zeichnet sich lediglich durch ein hohes Maß an Unverbindlichkeit aus.

Unterstützung bei der Erarbeitung eines tatsächlichen Konzeptes wurde bereits zugesagt.

LANDESMEDIEN

+++ Schlagzeilen +++

Ministerpräsident treibt Polizeikosten für M-V in die Höhe, so **Michael Rooff** (Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion M-V) am 6. Dezember 2010: „Ministerpräsident Erwin Sellering wird durch seine angekündigte Teilnahme an der Demonstration gegen die bevorstehenden Castor-Transporte nach Lubmin doppelt unglaublich. Der anstehende Transport wurde von der damaligen Rot-Grünen Bundesregierung 2004 genehmigt und geplant, also von seinen eigenen Parteifreunden. Zudem beklagte sich der Ministerpräsident im Landtag über die zu erwartenden hohen Polizeikosten für unser Land, die er aber durch seinen indirekten Demonstrationsaufruf selber in die Höhe treibt. +++

Im Zusammenhang mit dem umstrittenen Castor-Transport nach Lubmin hat Linksfraktionschef **Helmut Holter** von der Landesregierung „zivilen Ungehorsam“ gefordert. Nach der Ankündigung

von Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD), an der Anti-Atom-Demo in Greifswald teilnehmen zu wollen, müssten dieser Ansage praktische Schritte folgen, sagte Holter am 8. 12. 2010 auf einer Fraktionssitzung in Greifswald. +++

Entgegen der Entwicklung der letzten Jahre, mit einem deutlichen Rückgang der **Kraftfahrzeugdiebstähle in M-V**, ist in diesem Jahr mit einem Anstieg zu rechnen. Diese Tendenz ist jedoch nicht nur in M-V feststellbar. Bundesweit war eine Zunahme bereits im Jahr 2009 festzustellen. Nach rückläufigen Zahlen in den Vorjahren stieg hier die Anzahl der Kraftfahrzeugdiebstähle bereits im Jahr 2009 auf 40 375 gegenüber 37 184 im Jahr 2008. +++

Mecklenburg-Vorpommern behält wegen der vielen Gewässer und der ständig steigenden Zahl an Freizeitskippern eine eigenständige Wasserschutzpolizei. Das sei, anders als in anderen Bundeslän-

dern, in der laufenden Polizeistrukturreform so vorgesehen, bekräftigte Innenminister **Lorenz Caffier** (CDU) am 10. 11. 2010 in Waren bei der Taufe eines neuen Polizei-Motorbootes. +++

In M-V nimmt die Zahl der illegalen Drogen-Plantagen zu. Allein in diesem Jahr hat die Polizei bislang acht Anlagen ausgehoben, wie das Landeskriminalamt (LKA) am 22. 11. 2010 in Schwerin mitteilte. Generell haben Fälle von **Rauschgiftkriminalität** in M-V zugenommen. So wurden im vergangenen Jahr laut polizeilicher Kriminalstatistik 4134 Fälle registriert. Das waren 23,4% mehr als im Vorjahr. +++ Die bunteste Stadt in M-V ist Rostock. Hier gibt es die meisten besprühten Fassaden, Bushaltestellen oder S-Bahnen. Die Polizei verzeichnet in der Hansestadt bereits jetzt mehr Anzeigen wegen Sachbeschädigung durch **Graffiti** als im gesamten Vorjahr.

